

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Abbildungsverzeichnis .....	XIX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXI

## Kapitel A Der Weg zum Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG)

I. Weitgehende Erfolglosigkeit bisheriger gesetzgeberischer Initiativen zum Schutz von Hinweisgebern .....	1
1. Entwurf eines Gesetzes zum Schutz von Hinweisgebern – Whistleblowern (Hinweisgeberschutzgesetz – HinwGebSchG) ..	1
2. Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Transparenz und zum Diskriminierungsschutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern (Whistleblower-Schutzgesetz) .....	4
3. Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Transparenz und zum Diskriminierungsschutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern (Whistleblower-Schutzgesetz) .....	5
II. Fragmentarisches Bestehen von Normen zum Schutz hinweisgebender Personen bzw. zur Implementierung von Hinweisgebersystemen .....	7
III. Befassung nationaler Gerichte zur (Fort-)Entwicklung des (arbeits-)rechtlichen Schutzes von Hinweisgebern .....	7
1. BVerfG, 2.7.2001 – 1 BvR 2049/00 .....	7
2. BAG, 3.7.2003 – 2 AZR 235/02 .....	9
3. BAG, 7.12.2006 – 2 AZR 400/05 .....	11
4. BAG, 27.9.2012 – 2 AZR 646/11 .....	13
5. LAG Rheinland-Pfalz, 15.5.2014 – 5 Sa 60/14 .....	14
IV. Richtlinie (EU) 2019/1937 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden .....	15
V. Gescheiterter Referentenentwurf des BMJV .....	16
VI. Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen Nichtumsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937 .....	18
VII. Gesetzentwürfe der Bundesregierung (insbesondere BT-Drs. 20/3442) und Zustimmungsversagung durch Bundesrat ....	18
VIII. Anrufung des Gerichtshofs der Europäischen Union .....	19

VII

IX. Einigung im Vermittlungsausschuss sowie Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens .....	20
X. Inkrafttreten.....	21

**Kapitel B**  
**Wesentliche Grundlagen des Hinweisgeberschutzgesetzes**  
**(HinSchG)**

I. Inkrafttreten.....	23
II. Anwendungsbereich .....	25
1. Persönlicher Anwendungsbereich (§§ 1, 34 HinSchG) .....	25
2. Sachlicher Anwendungsbereich .....	28
III. (Ausgewählte) Begriffsbestimmungen .....	31
1. Informationen über Verstöße (§ 3 Abs. 2 und 3 HinSchG) .....	32
2. (Interne oder externe) Meldungen (§ 3 Abs. 4 HinSchG) .....	33
3. Offenlegung (§ 3 Abs. 5 HinSchG) .....	34
4. Repressalien (§ 3 Abs. 6 HinSchG) .....	34
5. Folgemaßnahmen (§ 3 Abs. 7 HinSchG) .....	35
6. Beschäftigte (§ 3 Abs. 8 HinSchG) .....	36
7. (Private) Beschäftigungsgeber (§ 3 Abs. 9 und 10 HinSchG) .....	36

**Kapitel C**  
**Einrichtung interner Meldestellen**

I. Interne Meldestelle nach § 12 Abs. 1 Satz 1 HinSchG.....	39
II. Beschäftigungsgeber als normverpflichtete Adressaten für die Einrichtung und den Betrieb einer internen Meldestelle .....	39
1. Grundsatz: Größenabhängige Pflicht zur Einrichtung und zum Betrieb einer internen Meldestelle (§ 12 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 HinSchG) .....	39
a) Beschäftigungsgeber (§ 3 Abs. 9 HinSchG) .....	39
b) Beschäftigte (§ 3 Abs. 8 HinSchG) .....	42
c) „In der Regel“ Beschäftigte .....	42
d) Mindestens 50 Beschäftigte .....	43
2. Ausnahme: Größenunabhängige Pflicht zur Einrichtung und zum Betrieb für Unternehmen aus hochregulierten Sektoren (§ 12 Abs. 3 HinSchG) .....	44

<b>III. Mehrere Gestaltungsvarianten zur Einrichtung einer internen Meldestelle</b>	<b>45</b>
1. Beschäftigte Person oder Arbeitseinheit als interne Meldestelle .....	46
a) Beschäftigte Person (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 HinSchG).....	47
b) Aus mehreren beschäftigten Personen bestehende Arbeitseinheit (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 HinSchG) .....	48
2. Betrauen eines Dritten mit den Aufgaben einer internen Meldestelle.....	50
a) Zulässigkeit der Betrauung eines Dritten (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Alt. 3 HinSchG).....	50
b) Exkurs: (Europa-)Rechtliche Zulässigkeit der sog. Konzernlösung? .....	53
c) Ermessensspielraum bei der Ausgestaltung einer Beauftragung von Dritten mit den Aufgaben einer internen Meldestelle .....	56
d) Betrauung eines Dritten entbindet Beschäftigungsgeber nicht von eigenen Pflichten (§ 14 Abs. 1 Satz 2 HinSchG).....	57
3. „Beträufung“ mit den Aufgaben einer internen Meldestelle .....	58
4. Gemeinsame Stelle mehrerer privater Beschäftigungsgeber .....	60
a) Zulässigkeit einer Gemeinsamen Stelle (§ 14 Abs. 2 Satz 1 HinSchG).....	60
b) Geringe praktische Relevanz der Gemeinsamen Stelle .....	61
c) (Wohl) Beschränkte Geeignetheit für Umsetzung innerhalb eines Unternehmens- bzw. Konzernverbunds. ....	62
d) Rückgriff auf Gemeinsame Stelle entbindet privaten Beschäftigungsgeber nicht von eigenen Pflichten (§ 14 Abs. 2 Satz 2 HinSchG) .....	62
<b>IV. Anforderungsprofil für die Besetzung der internen Meldestelle .....</b>	<b>63</b>
1. Erteilung der notwendigen Befugnisse (§ 12 Abs. 4 Satz 1 HinSchG).....	64
2. Unabhängigkeit bei Ausübung der Tätigkeit (§ 15 Abs. 1 Satz 1 HinSchG).....	65
3. Zulässigkeit einer (zusätzlichen) Aufgabenwahrnehmung bzw. -delegation (§ 15 Abs. 1 Satz 2 HinSchG) .....	69
4. Vermeidung von Interessenkonflikten (§ 15 Abs. 1 Satz 3 HinSchG).....	69
5. Notwendige Fachkunde (§ 15 Abs. 2 HinSchG) .....	71
6. Ressourcenallokation zugunsten der internen Meldestelle.....	73
7. Kein besonderer Kündigungsschutz zugunsten der mit einer internen Meldestelle beauftragten Personen .....	74

## Kapitel D

### Aufgaben der internen Meldestelle

I. Betrieb von internen Meldekanälen .....	75
1. Pflicht zur Einrichtung interner Meldekanäle .....	75
2. Zugänglichkeit der internen Meldekanäle .....	75
a) Zugänglichkeit für (eigene) Beschäftigte sowie etwaige dem Beschäftigungsgeber überlassene Leiharbeitnehmer .....	76
b) (Optionale) Zugänglichkeit für natürliche Personen, die mit dem Beschäftigungsgeber in Kontakt stehen (§ 16 Abs. 1 Satz 3 HinSchG) .....	77
3. Vornahme bzw. Entgegennahme von Meldungen .....	78
a) Meldungen in mündlicher oder Textform (§ 16 Abs. 3 Satz 1 HinSchG) .....	78
b) Möglichkeit zur persönlichen Zusammenkunft (§ 16 Abs. 3 Satz 3 HinSchG) .....	79
c) Möglichkeit der Bild- und Tonübertragung (§ 16 Abs. 3 Satz 4 HinSchG) .....	80
d) Unzulänglichkeit ausschließlich digitaler Meldekanäle .....	81
4. Abgabe bzw. Pflicht zur Bearbeitung anonymer Meldungen? .....	83
5. Sicherung der internen Meldekanäle vor unberechtigtem Zugriff ..	85
II. Durchführung des Verfahrens nach Eingang einer Meldung .....	87
1. Verfahrensablauf nach § 17 Abs. 1 HinSchG .....	87
a) Eingangsbestätigung gegenüber hinweisgebender Person .....	88
b) Prüfung der Eröffnung des sachlichen Anwendungsbereichs ..	89
c) Kontakthalten mit der hinweisgebenden Person .....	91
d) Prüfung der Stichhaltigkeit der eingegangenen Meldung .....	92
e) Ersuchen um weitere Informationen .....	95
f) Ergreifen angemessener Folgemaßnahmen .....	96
2. Einhaltung weiterer Verfahrensgrundsätze .....	96
a) Wahrung des Vertraulichkeitsgebots .....	96
b) Beachtung weiterer (Verfahrens-)Grundsätze außerhalb des HinSchG .....	98
III. Rückmelde- bzw. Begründungspflichten .....	98
1. Pflicht der internen Meldestelle zur Rückmeldung nach § 17 Abs. 2 Satz 1 HinSchG .....	99
a) Rückmeldepflicht nach § 17 Abs. 2 Satz 1 HinSchG .....	99
b) Anwendbares Fristenregime zur Erfüllung der Rückmeldepflicht .....	100
c) Ausnahmen von der Rückmeldepflicht .....	102
2. Begründungserfordernis nach § 17 Abs. 2 Satz 2 HinSchG .....	103

IV. Ergreifen von (angemessenen) Folgemaßnahmen . . . . .	104
1. Durchführung interner Untersuchungen . . . . .	104
a) Fehlende Legaldefinition der „internen Untersuchungen“ . . . . .	105
b) Begriffsbestimmung: Interne Untersuchungen („Internal Investigations“) . . . . .	105
c) § 18 Nr. 1 HinSchG als konkretisierende Vorschrift der gesellschaftsrechtlich anerkannten Pflicht zur Sachverhaltsaufklärung . . . . .	106
d) (Verfahrens-)Grundsätze für die Durchführung interner Untersuchung . . . . .	107
e) (Weitere) Untersuchungsmaximen . . . . .	110
f) Schematische Darstellung des Ablaufs einer internen Untersuchung . . . . .	110
g) Abhilfemaßnahmen . . . . .	112
2. Verweis der hinweisgebenden Person an zuständige Stelle (§ 18 Nr. 2 HinSchG) . . . . .	113
3. Abschluss des Verfahrens (§ 18 Nr. 3 HinSchG) . . . . .	114
4. Abgabe an andere Stelle (§ 18 Nr. 4 HinSchG) . . . . .	115
V. (Schematischer) Ablauf des Verfahrens . . . . .	117
VI. Bereitstellung von Informationen . . . . .	119

## **Kapitel E**

### **Weitere Aspekte zur Einrichtung und zum Betrieb interner Meldestellen**

I. Kontinuierliche Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Besetzung . . . . .	121
II. Bereitstellung von Informationen über das interne Meldeverfahren (§ 7 Abs. 3 Satz 2 HinSchG) . . . . .	122
III. Dokumentationspflichten (§ 11 HinSchG) . . . . .	124
1. Beachtung des gesetzlich normierten Vertraulichkeitsgebots (§ 8 HinSchG) . . . . .	124
2. Adressaten der Dokumentationspflicht . . . . .	124
3. Form der Dokumentation . . . . .	124
a) Dauerhafte Abrufbarkeit . . . . .	125
b) Telefonisch oder im Wege anderer Sprachübermittlung eingehende Meldungen (§ 11 Abs. 2 HinSchG) . . . . .	126
c) Meldung im Rahmen einer persönlichen Zusammenkunft (§ 11 Abs. 3 HinSchG) . . . . .	128
4. Mitwirkungsrechte der hinweisgebenden Person . . . . .	129

5. Keine gesetzlichen Dokumentationspflichten bei Durchführung des Verfahrens bzw. dem Ergreifen von Folgemaßnahmen .....	130
6. Aufbewahrungs- bzw. Löschfristen (§ 11 Abs. 5 HinSchG) .....	132
a) Aufbewahrungsfrist (§ 11 Abs. 5 Satz 1 HinSchG) .....	132
b) Gegenstand der Aufbewahrung .....	133
c) Berechnung bzw. Beginn der Aufbewahrungsfrist .....	134
d) Ausnahmen von der generellen Aufbewahrungs- bzw. Löschfrist (§ 11 Abs. 5 Satz 2 HinSchG) .....	134
e) Praktische Konkordanz mit dem Recht auf Löschung bzw. Vergessenwerden nach Art. 17 DSGVO? .....	135
<b>IV. Betriebsverfassungsrechtliche Aspekte .....</b>	<b>136</b>
1. Unterrichtungsrechte des Betriebsrats (§ 80 BetrVG) .....	137
2. Katalog betriebsverfassungsrechtlicher Mitbestimmungsrechte ..	140
a) Bedeutung des Gesetzes- und Tarifvorbehaltens in § 87 Abs. 1 Eingangshalbsatz BetrVG .....	140
b) Mitbestimmungsrechte bei der näheren Ausgestaltung der internen Meldestelle (§ 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG) .....	141
c) Mitbestimmung bei der Einrichtung bzw. dem Betrieb elektronischer bzw. softwarebasierter Meldekanäle (§ 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG) .....	145
3. Mitbestimmung bei personellen Einzelmaßnahmen im Zusammenhang mit der Besetzung einer internen Meldestelle (§ 99 Abs. 1 BetrVG) .....	149
a) Regelungsgehalt bzw. allgemeine Voraussetzungen der Mitbestimmung bei personellen Einzelmaßnahmen (§ 99 BetrVG) .....	150
b) Beteiligungsrechte des Betriebsrats bei einer Einstellung (§ 99 Abs. 1 Satz 1 BetrVG) .....	151
c) Versetzung bei (erstmaliger) Beauftragung zur Ausübung der Aufgaben einer internen Meldestelle neben bisheriger Tätigkeit (§ 99 Abs. 1 i. V. m. § 95 Abs. 3 BetrVG) .....	153
d) Zustimmungsverweigerungsgründe des Betriebsrats .....	155
4. (Ausgewählte) Beteiligungsrechte im Zusammenhang mit ggf. erforderlichen Schulungen zur Aufrechterhaltung der notwendigen Fachkunde nach § 15 Abs. 2 HinSchG .....	158
5. Weitere (ausgewählte) betriebsverfassungsrechtliche Aspekte ..	162
a) Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Betriebsrat, Gesamt- und Konzernbetriebsrat .....	162
b) Betriebsrat als mit den Aufgaben einer internen Meldestelle betrauter Dritter? .....	164

## Kapitel F

### Die Bedeutung des HinSchG für die öffentliche Hand

I. Pflicht zur Einrichtung interner Meldestellen .....	167
II. Einrichtung externer Meldestellen (§§ 19 ff. HinSchG) .....	168
1. Externe Meldestelle des Bundes beim Bundesamt für Justiz (§ 19 HinSchG) .....	168
a) Zuständigkeit der externen Meldestelle des Bundes (§ 19 Abs. 4 HinSchG) .....	168
b) Unabhängigkeit der externen Meldestelle des Bundes (§§ 19 Abs. 2, 25 HinSchG) .....	169
c) Personal- und Sachausstattung der externen Meldestelle des Bundes (§ 19 Abs. 3 HinSchG) .....	170
d) Ausgestaltung bzw. Organisation der externen Meldestelle des Bundes .....	171
2. Externe Meldestellen der Länder (§ 20 HinSchG) .....	171
3. Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als externe Meldestelle für spezifisch aufsichtsrechtliche Meldungen (§ 21 HinSchG) .....	171
4. Bundeskartellamt (BKartA) als externe Meldestelle für spezifisch wettbewerbsrelevante Meldungen (§§ 22 Abs. 1, 2 Abs. 1 Nr. 8 und Nr. 9 HinSchG) .....	172
5. Weitere externe Meldestellen (§ 23 HinSchG) .....	174
III. Aufgaben der externen Meldestellen (§ 24 HinSchG) .....	174
1. Errichtung und Betrieb von Meldekanälen (§§ 24 Abs. 1, 27 HinSchG) .....	174
2. Prüfung der Stichhaltigkeit von Meldungen (§ 24 Abs. 1 HinSchG) .....	176
3. Verfahrensführung bei externen Meldungen (§§ 24 Abs. 1, 28 HinSchG) .....	177
4. (Sonstige) Informations- und Beratungsaufgaben der externen Meldestellen .....	177
a) (Potenziell) hinweisgebende natürliche Personen (§ 24 Abs. 2 HinSchG) .....	177
b) Information zur Möglichkeit der Vornahme einer internen Meldung (§ 24 Abs. 2 Satz 2 HinSchG) .....	178
c) Veröffentlichungen im Internet (§ 24 Abs. 3 HinSchG) .....	178
d) Informationen für interne Meldestellen bzw. normverpflichtete Beschäftigungsgeber (§§ 24 Abs. 4, 13 Abs. 2 HinSchG) .....	179
5. Berichtspflichten der externen Meldestellen (§ 26 HinSchG) .....	179

IV. Unabhängigkeit der externen Meldestellen (§ 25 HinSchG) . . . . .	180
1. Fachliche Unabhängigkeit im Rahmen ihrer Aufgaben und Befugnisse (§ 25 Abs. 1 Satz 1 HinSchG) . . . . .	181
2. Beschränkte Aufsicht über externe Meldestellen (§ 25 Abs. 1 Satz 2 HinSchG) . . . . .	181
3. Schulungserfordernis (§ 25 Abs. 2 Satz 1 HinSchG) . . . . .	182
4. Zulässigkeit einer (zusätzlichen) Aufgabendelegation (§ 25 Abs. 2 Satz 2 HinSchG) und Vermeidung von Interessenkonflikten (§ 25 Abs. 2 Satz 3 HinSchG) . . . . .	182
V. Verfahrensablauf bzw. Führung des Verfahrens nach §§ 28 ff. HinSchG . . . . .	183
1. Eingangsbestätigung (§ 28 Abs. 1 HinSchG) . . . . .	183
2. Zuständigkeitsprüfung: Eröffnung des sachlichen Anwendungsbereichs (§ 28 Abs. 2 Satz 1 HinSchG) . . . . .	185
3. Prüfung der Stichhaltigkeit (§ 28 Abs. 2 Satz 2 HinSchG) . . . . .	186
VI. Ergreifen von Folgemaßnahmen (§ 29 HinSchG) . . . . .	186
1. Behördliches Auskunftsverlangen (§ 29 Abs. 1 Satz 1 HinSchG) .	187
2. Abschließend normierter Katalog an Folgemaßnahmen . . . . .	188
a) Kontaktaufnahme mit dem von der Meldung betroffenen Beschäftigungsgeber (§ 29 Abs. 2 Nr. 1 HinSchG) . . . . .	188
b) Verweis der hinweisgebenden Person an andere zuständige Stellen (§ 29 Abs. 2 Nr. 2 HinSchG) . . . . .	189
c) Abschluss des Verfahrens aus Mangel an Beweisen oder anderen Gründen (§ 29 Abs. 2 Nr. 3 HinSchG) . . . . .	190
d) Abgabe an zuständige Behörde zwecks weiterer Untersuchungen (§ 29 Abs. 2 Nr. 4 HinSchG) . . . . .	190
VII. Katalog zum formalisierten Abschluss des Verfahrens . . . . .	191
1. Abschluss des Verfahrens nach Prüfung der Stichhaltigkeit einer Meldung (§ 31 Abs. 1 HinSchG) . . . . .	192
2. Weiterleitung wegen Unzuständigkeit oder Unmöglichkeit des Ergreifens eigener Folgemaßnahmen (§ 31 Abs. 2 HinSchG) . .	192
3. Abschluss des Verfahrens wegen Geringfügigkeit (§ 31 Abs. 3 HinSchG) . . . . .	193
4. Abschluss des Verfahrens wegen wiederholter Meldung (§ 31 Abs. 4 HinSchG) . . . . .	194
VIII. Rückmeldung gegenüber hinweisgebenden Personen . . . . .	195
IX. (Schematischer) Ablauf des Verfahrens . . . . .	196
X. (Weitere) Verfahrensgrundsätze . . . . .	198
1. Recht auf Akteneinsicht (§ 28 Abs. 3 HinSchG) . . . . .	198

2. Möglichkeit zur vorrangigen Behandlung von Verstößen von besonderer Schwere (§ 28 Abs. 5 HinSchG) .....	199
3. Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Stellen (§ 30 HinSchG) .....	200
4. Mitteilungs- und Begründungspflichten bei einzelnen Verfahrensabschlüssen (§ 31 Abs. 5 und Abs. 6 HinSchG) .....	201
5. Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs bzw. Entbehrlichkeit eines Vorverfahrens (§ 31 Abs. 7 HinSchG) .....	202
<b>XI. Beamtenrechtliche Bedeutung des HinSchG .....</b>	<b>202</b>
1. Beamten und Beamte als Beschäftigte i. S. d. HinSchG .....	202
2. Meldung bzw. Offenlegung von Informationen über Verstöße, die strafbewehrt sind (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 HinSchG) .....	203
3. Meldung bzw. Offenlegung von Äußerungen von Beamteninnen und Beamten, die einen Verstoß gegen die Pflicht zur Verfassungstreue darstellen (§ 2 Abs. 1 Nr. 10 HinSchG) .....	204
4. Pflicht zur Meldung von Verstößen gegenüber dem Dienstherrn?.	205
a) Abwesenheit von (beamtenspezifischen) Melde- bzw. Unterrichtungspflichten nach dem HinSchG .....	205
b) (Keine) Melde- bzw. Unterrichtungspflicht aufgrund beamtenrechtlicher Sonderrechtsbeziehung gegenüber Dienstherrn .....	206

## **Kapitel G Vertraulichkeitsgebot und Datenschutzrecht**

<b>I. Das Vertraulichkeitsgebot und seine Ausnahmen</b>	
(§§ 8, 9 HinSchG) .....	209
1. Grundlagen des Vertraulichkeitsgebots .....	209
2. Geschützte Personengruppen des Vertraulichkeitsgebots (§ 8 Abs. 1 Satz 1 HinSchG) .....	209
3. Adressat des Vertraulichkeitsgebots und kennnisberechtigter Personenkreis (§ 8 Abs. 1 Satz 2) .....	211
4. Ausnahmen vom Vertraulichkeitsgebot .....	212
<b>II. Datenschutzrechtliche Erlaubnistatbestände, Vorgaben und Auskunftsansprüche</b>	
1. Grundsätze .....	214
2. Auskunftsansprüche und Informationspflichten .....	216
<b>III. Verhältnis zu sonstigen Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflichten (§ 6 HinSchG)</b>	
	219

## **Kapitel H**

### **Die Schutzmaßnahmen des HinSchG**

I. Überblick über die Schutzmaßnahmen des HinSchG (§§ 33–39 HinSchG) .....	223
II. Die Schutzvoraussetzungen des HinSchG (§§ 33 f. HinSchG) .....	225
1. Eröffnung des persönlichen und sachlichen Anwendungsbereichs .....	225
2. Interne oder externe Meldung oder Offenlegung .....	227
a) Interne Meldung .....	227
b) Externe Meldung .....	228
c) Offenlegung .....	230
3. Gutgläubigkeit der geschützten Person .....	233
a) Gutgläubigkeit als Maßstab des Hinweisgeberschutzes .....	233
b) Tatsachenirrtümer .....	234
c) Rechtsirrtümer .....	235
d) Guter Glaube an den notwendigen Umfang der weitergeleiteten Informationen .....	236
e) Praktische Handhabung .....	237
III. Rechtsfolgen bei Erfüllung der Schutzvoraussetzungen .....	239
1. Ausschluss rechtlicher Verantwortlichkeit (§ 35 HinSchG) .....	239
2. Verbot von Repressalien (§ 36 HinSchG) .....	242
a) Inhalt des Repressalienverbots .....	242
b) Darlegungs- und Beweislast .....	244
3. Folgeansprüche, insbesondere Schadensersatzansprüche (§ 37 HinSchG) .....	247
IV. Verbot abweichender Vereinbarungen (§ 39 HinSchG) .....	249
V. Verhältnis zu Schutzquellen für Hinweisgeber außerhalb des HinSchG .....	250
VI. Schadensersatzanspruch zu Unrecht beschuldigter Personen .....	252

## **Kapitel I**

### **Bußgeldvorschriften des HinSchG**

I. Überblick .....	255
II. Bedeutung des verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgrundsatzes ..	256
III. Täter bzw. Beteiligte .....	258
IV. Bedeutung der ordnungswidrigkeitenrechtlichen Trias .....	259

V. Einzelne Ordnungswidrigkeiten nach dem HinSchG .....	261
1. Wissentliche Offenlegung unrichtiger Informationen (§ 40 Abs. 1 HinSchG) .....	262
2. Behinderung einer Meldung oder der auf eine Meldung folgenden Kommunikation (§ 40 Abs. 2 Nr. 1 HinSchG) .....	264
3. Nichterfüllung der Pflicht zur Einrichtung und zum Betrieb einer internen Meldestelle (§ 40 Abs. 2 Nr. 2 HinSchG) .....	266
4. Ergreifen einer verbotenen Repressalie (§ 40 Abs. 2 Nr. 3 HinSchG) .....	269
5. Verstoß gegen die Pflicht zur Wahrung der Vertraulichkeit (§ 40 Abs. 3 HinSchG) .....	271
6. Fahrlässige Nichtwahrnehmung des Vertraulichkeitsgebots nach §§ 40 Abs. 3, 8 Abs. 1 HinSchG (§ 40 Abs. 4 HinSchG) .....	273
7. Versuchte Ordnungswidrigkeiten nach § 40 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 3 HinSchG (§§ 40 Abs. 5 HinSchG; 13 Abs. 2 OWiG) .....	274
VI. Bußgeldrahmen (§ 40 Abs. 6 Satz 1 HinSchG) .....	276
VII. Verschiebung des Sanktionsrahmens .....	278
VIII. Zeitlich verzögerte Anwendung von § 40 Abs. 2 Nr. 2 HinSchG .....	279

## **Kapitel J**

### **Das Verhältnis des HinSchG zu (einzelnen) ausgewählten Rechtsquellen**

I. Beschwerdeverfahren nach dem LkSG .....	281
1. Normadressaten .....	282
2. Ausgestaltung des Beschwerdeverfahrens .....	283
a) Erfasste Risiken und Verletzungen .....	283
b) Zugänglichkeit des Beschwerdeverfahrens nach dem LkSG ..	284
c) Wahrung der Vertraulichkeit der Identität .....	285
d) Gewährleistung von wirksamem Schutz vor Benachteiligung oder Bestrafung aufgrund einer Beschwerde .....	286
e) Formale und materielle Aspekte des Beschwerdeverfahrens ..	287
aa) Zugänglichkeit des Beschwerdeverfahrens .....	287
bb) Erforderlichkeit einer öffentlich zugänglichen Verfahrensordnung in Textform .....	288
cc) Öffentlich zugängliche Informationen zur Erreichbarkeit und Zuständigkeit sowie zur Durchführung des Verfahrens .....	291
dd) Anonyme Nutzung des Beschwerdeverfahrens bzw. Pflicht zur Bearbeitung anonymier Meldungen? .....	292

3. Ausgewählte Aspekte zum Ablauf des Beschwerdeverfahrens . . . . .	292
4. Anforderungsprofil der mit der Durchführung des Verfahrens betrauten Personen . . . . .	296
a) Unparteilichkeit, Unabhängigkeit bzw. Weisungsfreiheit . . . . .	296
b) Pflicht zur Verschwiegenheit . . . . .	297
5. Beteiligung an einem externen Beschwerdeverfahren . . . . .	298
6. Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten (§§ 8 Abs. 1, 9 Abs. 1, 10 Abs. 1 LkSG) . . . . .	298
<b>II. Geschäftsgeheimnisgesetz (hier: § 5 Nr. 2 GeschGehG)</b> . . . . .	<b>299</b>
1. Schutz von Geschäftsgeheimnissen nach dem GeschGehG . . . . .	300
2. Handlungsverbote nach § 4 GeschGehG . . . . .	301
3. Ausnahmetatbestand nach § 5 Nr. 2 GeschGehG . . . . .	302
a) Rechtswidrige Handlung oder berufliches oder sonstiges Fehlverhalten . . . . .	302
b) Zur Aufdeckung . . . . .	303
c) Geeignetheit zum Schutz des allgemeinen öffentlichen Interesses . . . . .	303
4. Verhältnis zwischen GeschGehG und HinSchG . . . . .	304
5. (Parallele) Anwendbarkeit von § 5 Nr. 2 GeschGehG und § 6 Abs. 1 HinSchG . . . . .	305
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	<b>307</b>
<b>Stichwortverzeichnis</b> . . . . .	<b>323</b>